



Der Hauptstadtflughafen BER ist nach wie vor eine Baustelle und wird auch 2017 noch nicht eröffnet. BILD: DPA

# Wieder muss einer gehen

- Erneuter Führungswechsel beim Hauptstadtflughafen
- Engelbert Daldrup folgt auf Karsten Mühlenfeld



Der alte und der neue Flughafenchef: Karsten Mühlenfeld (links) und Engelbert Daldrup. BILDER: DPA

VON BERNHARD JUNGINGER

**Berlin** – Am Chaos um den Panneflughafen Berlin-Brandenburg, kurz BER, ist auch der dritte Chef gescheitert: Karsten Mühlenfeld räumt nach nur zwei Jahren im Amt vorzeitig seinen Posten. Sein Nachfolger wird der Berliner Staatssekretär Engelbert Lütke Daldrup. Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg, die seit 2006 in Schönefeld am neuen Hauptstadt-Airport baut, gehört den Ländern Berlin und Brandenburg sowie dem Bund.

Der Flugbetrieb hätte laut Plan bereits 2011 beginnen sollen. Doch aufgrund einer Serie von Bau- und Planungsfehlern wurde die Eröffnung mehrfach verschoben, ein endgültiger Starttermin steht auch weiterhin nicht fest. Der erste BER-Chef Rainer Schwarz war 2013 abgesetzt worden, nachdem er die Eröffnung des Airports viermal abgesagt hatte. Auch sein Nachfolger, Ex-Bahnchef Hartmut Mehdorn, schaffte es nicht, die langen Mängellisten der Großbaustelle abzarbeiten und kündigte 2015 nach Querelen mit dem Aufsichtsrat. Anschließend sollte es Karsten Mühlenfeld richten, zuvor Manager bei der Turbinensparte von Rolls Royce. Er war mit dem Ziel angetreten, den Flughafen 2017 in Betrieb zu nehmen. Mit Übersicht und Akribie, so hieß es noch vor kurzem, habe sich Mühlenfeld daran gemacht, die Mängellisten abzarbeiten. Diese enthalten viele Tausend Punkte, es geht etwa um verschwendete Kabelstränge, gravierende Mängel in der Brandschutzanlage oder Automatikturen, die nicht funktionieren.

Vor wenigen Wochen musste Mühlenfeld nun einräumen, dass eine Eröffnung 2017 nicht zu schaffen sei. Als Schuldigen präsentierte der BER-Geschäftsführer seinen Technikchef Jörg Marks – und feuerte den als sehr kompetent geltenden Mann. Doch dies geschah gegen den Willen des Aufsichtsrats. Mühlenfeld, so die Einschätzung eines Flughafen-Insiders gegenüber unserer Zeitung, hatte offenbar geglaubt, damit durchzukommen. Denn er wusste nicht zuletzt die sehnlichst auf die BER-Eröffnung wartenden Fluggesellschaften hinter sich. Eine Entlassung Mühlenfelds, so hieß es aus Kreisen der Airlines, werde die Eröffnung weiter verzögern, ein neuer Chef müsse sich ja erst einarbeiten.

## Ansehen und Autorität beschädigt

So überstand der BER-Chef eine Sitzung des Aufsichtsrats vergangene Woche zunächst wohl auch, weil kein geeigneter Nachfolger in Sicht schien. Doch in dem Gremium hatten sich die Vertreter von Berlin und Bund kategorisch gegen Mühlenfeld ausgesprochen. Nur das Land Brandenburg hielt zuletzt noch an dem Manager fest. In den vergangenen Tagen wurde aber deutlich, wie schwer Mühlenfeld durch die Diskussion um mögliche Fehler in seinem Ansehen und in seiner Autorität beschädigt worden war. Vor allem das Vertrauensverhältnis zum Aufsichtsratschef,

Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller, galt als nicht mehr zu kitten. Auch Brandenburg gab seinen Widerstand gegen eine Absetzung Mühlenfelds auf. Dieser stimmte dann der Auflösung seines laut Vertrag noch bis 2020 laufenden Arbeitsverhältnisses zu. Nach Medienberichten soll Mühlenfeld sein Jahresgehalt von 500 000 Euro noch bis Ende des Jahres in voller Höhe erhalten. Über weitere Details, etwa die Höhe einer möglichen Abfindung, wurde zunächst nichts bekannt.

Mühlenfelds Nachfolger wird der 60-jährige Engelbert Lütke Daldrup, ein Städteplaner mit Erfahrung in Großprojekten. Der Staatssekretär kennt die BER-Baustelle als bisheriger Berliner Flughafenkoordinator gut. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller muss sich aufgrund der Personalie allerdings als Aufsichtsratschef zurückziehen. Denn das Gesellschaftsrecht verbietet es, dass Chef-Aufseher und Geschäftsführer vom selben Gesellschafter kommen. An die Spitze des Aufsichtsrats rückt der brandenburgische Staatssekretär Rainer Bertschneider. Der von Mühlenfeld entlassene Technikchef Jörg Marks soll zurückgeholt werden. Auf ihm und Lütke Daldrup ruhen nun die Hoffnungen, dass der Flughafen möglichst bald doch noch in Betrieb geht. Sicher scheint nur: Es wird mindestens 2018 werden. Und wie sich der inzwischen vierte Wechsel des Geschäftsführers auf die Kosten des Flughafens auswirken wird, ist ebenfalls unklar. Die ursprünglichen Kosten von einer Milliarde Euro haben sich inzwischen mindestens versechsfacht – manche Experten glauben, dass es am Ende eher 8 Milliarden sein werden.



Ob Elbphilharmonie oder Stuttgart 21: Pleiten, Pech und Pannen bei anderen Großprojekten unter [www.sk.de/exklusiv](http://www.sk.de/exklusiv)

## NACHRICHTEN

### BADEN-WÜRTTEMBERG Maschinenbauer mit deutlichem Auftragsplus

Die Maschinenbauer im Südwesten sind mit einem Auftragschub ins Jahr 2017 gestartet. Das Plus lag bei 12 Prozent, wie der Branchenverband VDMA in Stuttgart mitteilte. Zu dem deutlichen Zuwachs verhalten auch schwache Vergleichswerte des Vorjahres. Damals waren die Aufträge um 10 Prozent eingebrochen. Doch auch im stabileren Drei-Monats-Zeitraum von November bis Januar verbuchten die Südwest-Maschinenbauer ein Plus von 15 Prozent. (dpa)

### LEBENSMITTELHANDEL Hohe Investitionen in die Ladenausstattung

Die Lebensmittelhändler haben 2016 durchschnittlich 639 Euro je Quadratmeter Verkaufsfläche in die Neueinrichtung von Supermärkten investiert. Innerhalb von drei Jahren hätten sich damit die entsprechenden Kosten um 7,8 Prozent erhöht, teilte das Fachinstitut EHI in Düsseldorf mit. Investiert werde vor allem in energiesparende Kühl- und Beleuchtungsanlagen sowie in eine bessere Optik der Läden. (dpa)

### GRIECHENLAND Rezession hält nach wie vor an

Die griechische Wirtschaft ist Ende 2016 weiter geschrumpft. Im vierten Quartal gab es im Vorjahresvergleich ein Minus von 1,1 Prozent. Das teilte das Statistikamt in Athen mit. Auch gegenüber dem dritten Quartal gab die Wirtschaft um 1,2 Prozent nach. Griechenland erhält seit 2010 internationale Hilfskredite. (dpa)

## MÄRKTE

### Ferkel

Aktuelle Ferkelpreisnotierung der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume Schwäbisch Gmünd vom 25.02. – 03.03.: Durchschnittspreise pro 25 kg Ferkel ohne MwSt. Der Zuschlag für Mehrgewicht beträgt je nach Vermarktungsunternehmen 1,00 €/kg. Die angegebenen Preisspannen beziehen sich auf die Minimum- und Maximumpreise der einzelnen Vermarkter. Preis der 200er-Gruppe (Ferkel in einer Gruppe mit ca. 200 Tieren, einheitlicher Genetik und einheitlichem Gewicht, mit QS-Status, ab Hof, ohne Impfungen): 58 – 62 €. Durchschnittspreis 60,20 € (plus 1,00 €).

## IG Metall stimmt bei Alno zu

VON SIEGFRIED VOLK

**Pfullendorf/Enger** – Die in der IG Metall organisierten Beschäftigten des Küchenmöbelherstellers Alno AG haben gestern bei zwei Versammlungen im westfälischen Enger und am Stammsitz in Pfullendorf den Vorschlag akzeptiert, teilweise auf Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld zu verzichten und damit den geplanten Arbeitsplatzabbau von deutschlandweit 250 Jobs zu reduzieren. Für die von der Kündigung betroffenen Beschäftigten soll eine Transfergesellschaft gegründet werden. Der neue Mehrheitsaktionär, die zur Prevent-Gruppe gehörende Tahoe Investor GmbH, hatte den Abbau von konzernweit 350 Arbeitsplätzen gefordert, um jährlich 20 Millionen Euro an Personalkosten einzusparen. Vom Stellenabbau ist ausschließlich die Verwaltung betroffen, wovon ein Teil nach Bosnien verlagert werden soll. Die Arbeitnehmervertreter hatten einen Gegenvorschlag entwickelt, worüber mit der Unternehmensführung in den vergangenen Wochen verhandelt wurde. Wie der zuständige IG-Metallsekretär bestätigte, sollen in Enger, wo bei der Alno-Tochterfirma Wellmann 75 von 150 Verwaltungsjobs wegfallen sollten, jetzt noch 26 Stellen gestrichen werden. Deutschlandweit sollen statt 250 Arbeitsplätzen nun 140 Jobs abgebaut werden. In Pfullendorf wird nach Informationen des SÜDKURIER die Belegschaft in dieser Woche in einer Betriebsversammlung über die Entwicklungen informiert.

## Erneut Abbau bei Deutscher Bank

**Frankfurt/Main** (dpa) Die Neuaufstellung der Deutschen Bank fordert Opfer von den Mitarbeitern: In Deutschland werden weitere Arbeitsplätze wegfallen. „Es wird sicherlich einige Jobverluste in Deutschland geben“, sagte Deutsche-Bank-Chef John Cryan. Genaue Zahlen nannte er nicht. Zunächst begannen die Verhandlungen mit allen Beteiligten. „Wir machen es auf die deutsche Art“, erklärte er. „Wir wollen zu einer Übereinkunft kommen.“ Abstriche gibt es auch für die Aktionäre: Der angekündigte Verkauf neuer Aktien ließ gestern den Kurs zeitweise um 6 Prozent einknicken. Die Deutsche Bank hatte am Wochenende eine Kapitalerhöhung über 8 Milliarden Euro angekündigt und mitgeteilt, dass sie die Tochter Postbank entgegen früherer Pläne doch nicht zu verkaufen, sondern in das Privat- und Firmenkundengeschäft eingliedern will. Eine gemeinsame Verwaltung und Technik soll zudem Kosten einsparen. Damit einher gehen auch Veränderungen im Management: Finanzvorstand Marcus Schenck und der für das Privat- und Firmenkundengeschäft zuständige Vorstand Christian Sewing steigen zu stellvertretenden Vorstandscheffs auf.

## DIE ÖKONOMISCHE FRAGE

# Wächst die Armut in Deutschland?



Der Paritätische Gesamtverband sieht die Armut in Deutschland auf Rekordhoch. Bei näherem Hinsehen stellt sich die Wirklichkeit weit weniger dramatisch dar.

VON FRIEDRICH BREYER

Der Paritätische Gesamtverband, die Lobbyorganisation der Träger der Wohlfahrtspflege in Deutschland, schlägt Alarm: „Armut auf neuem Rekordhoch“ heißt eine Überschrift in seinem kürzlich veröffentlichten „Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017“, der mit dem reißerischen Motto „Menschenwürde ist Menschenrecht“ überschrieben ist. Unter anderem sei demnach die Armutsquote im Jahr 2015 auf 15,7 Prozent gestiegen. Im Vergleich dazu lag sie 2014 bei 15,4 und 2011 nur bei 15,1 Prozent. Ist die Alarmstimmung also angebracht? Ist Armut tatsächlich ein wachsendes Problem unserer Zeit? Bei näherem Hinsehen stellt sich die

Wirklichkeit weit weniger dramatisch dar. Denn die Behauptung einer gewachsenen Armut beruht auf einer ganzen Reihe fragwürdiger Interpretationen: Erstens bezeichnet der Bericht des Paritätischen Gesamtverbandes alle Menschen als „arm“, deren verfügbares Haushaltseinkommen geringer ist als 60 Prozent des mittleren Einkommens. (Das mittlere oder Median-Einkommen ist nicht etwa das Durchschnittseinkommen, sondern der Wert, der die Gesellschaft in zwei gleich große Teile teilt: die Haushalte mit höherem und die mit niedrigerem Einkommen.) Dies widerspricht der internationalen, z. B. in der EU verwendeten Konvention, nach der die Armutsschwelle bei lediglich 40 Prozent des Medianeinkommens liegt – nach dieser Definition gibt es in Deutschland allein schon wegen der Existenz der Grundsicherung niemanden, der unfreiwillig arm ist, und der Paritätische Gesamtverband hätte nichts zu berichten. Haushalte mit Einkommen zwischen 40 und 60 Prozent des Medians – und um die geht

es in diesem Bericht – bezeichnet man hingegen als „armutsgefährdet“. Korrekt dürfte also nicht von der „Armutquote“ die Rede sein, sondern von der „Armutrisikoquote“.

Zweitens wird die Einteilung in „arm“ und „nicht arm“ lediglich aufgrund des laufenden Einkommens vorgenommen. Ob der Haushalt ein nennenswertes Vermögen, z. B. in Form von Wohneigentum besitzt, wird dabei nicht berücksichtigt. Viele der dabei als „arm“ (oder richtiger: armutsgefährdet) bezeichneten Haushalte fühlen sich vermutlich gar nicht arm, weil sie erwarten können, dass der Zustand eines geringen Einkommens vorübergehend ist. Ein besseres, wenn auch schwieriger messbares Kriterium wäre das Lebens-einkommen. Dies hat ganz erhebliche Auswirkungen auf die präsentierten Zahlen, denn allein die Zahl der Studierenden in Deutschland, die ganz überwiegend von einem Einkommen unterhalb der „Armutsschwelle“ von 942 Euro (für Alleinlebende) leben, hat zwischen 2011 und 2015 um ca. 380 000

zugenommen – bei einer Wohnbevölkerung von 81 Millionen ist das ein knappes halbes Prozent und erklärt damit schon fast den Anstieg der „Armutquote“ von 15,1 auf 15,7 Prozent.

### Echter Kaufkraftzuwachs

Drittens muss man berücksichtigen, dass mit dem vom Paritätischen Gesamtverband verwendeten Armutsbegriff (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens) nicht die absolute Armut gemessen wird, also etwa die Unmöglichkeit, sich ausreichend ernähren, kleiden und wohnen zu können, sondern lediglich die Relation zum jeweils mittleren Einkommen. Letzteres ist aber in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen, und parallel dazu auch die sogenannte Armutsschwelle. Im Vergleichsjahr 2011 lag diese noch bei 848 Euro im Monat. Der Anstieg auf die 2015 geltende Grenze von 942 Euro beträgt 11 Prozent. Die knappe Hälfte davon, nämlich 5 Prozentpunkte, dienen dem Ausgleich von Preissteigerungen in diesem 4-Jahres-Zeitraum. Die

restlichen 6 Prozentpunkte sind jedoch ein echter Kaufkraftzuwachs: Mit den 942 Euro im Jahr 2015 konnte man sich also 6 Prozent mehr Konsum leisten als mit den 848 Euro im Jahr 2011. Es gibt also nicht wenige Menschen, die in der Zwischenzeit unter die statistische „Armutsschwelle“ gerutscht sind, obwohl sie sich nun sogar mehr kaufen können als zuvor.

Was die Zahlen also sicher belegen, ist eines: Den Deutschen geht es insgesamt besser. Manchen geht es „mehr besser“, anderen geht es „weniger besser“, darunter auch vielen, deren Einkommen unterhalb der Mitte liegt. Mit etwas Vorsicht könnte man folgern, dass die Ungleichheit in den verfügbaren Einkommen leicht gewachsen ist. Mehr schlechte Nachrichten sind aber aus den Zahlen beim besten Willen nicht abzulesen.

Der Verfasser lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.